

Klar, das kostet Geld

Zu: „Die Klimaprämie ist machbar“, FR-Wirtschaft vom 18. Februar

Sehr gut, dass das Thema Klimaprämie endlich wieder aufgegriffen wurde. Wäre die Ampel an dieser Stelle schon vorangekommen, könnte man mit diesem Instrument zügig auch auf die dramatisch gestiegenen Energiekosten reagieren. Der aktuelle Preisanstieg hat zwar kaum mit der CO₂-Abgabe und dem notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien zu tun; dennoch sind auch hier die Menschen am unteren Ende der Einkommensskala besonders betroffen.

Mit dem Instrument der Klimaprämie und insbesondere der Auszahlmechanismen könnte die notwendige Entlastung sozialverträglich erfolgen. Geringverdienender werden entlastet, ohne höhere Energieverbräuche der Vielverdienenden zu subventionieren. Klar, das kostet Geld. Aber es gibt Ausgaben, die wenig zielführend und schon gar nicht sozial gerecht sind. Ich denke an die Verkäuferin im Supermarkt und den Paketfahrer, die mit ihren Steuern die Kaufprämie für E-Autos mitfinanzieren. Zugleich haben die großen deutschen Hersteller aber kein E-Auto für deren Geldbeutel im Angebot.

Die Klimaprämie muss schnell kommen. Der Elektrobonus muss gedeckelt werden. Bei mehr als etwa 30000 Euro Kaufpreis darf es keine Prämie mehr geben! Ebenso gehört das Dienstwagenprivileg abgeschafft. Jahr für Jahr fördert das auch der kleine Steuerzahler mit drei Milliarden Euro.

Gerhard Schuster, Krifeld

Grobe Maßeinheit

Zu: „Von der Gummizeit und peinlichen Pausen“, FR-Panorama vom 21. Februar

Eine kleine Anmerkung zu dem unterhaltsamen Beitrag zu einigen in der deutschen Sprache fehlenden Begriffen: Der/die/das „Sejengkal“ als grobe Maßeinheit gibt es durchaus auch im Deutschen: als „Spanne“. Sogar ein Wikipedia-Artikel existiert zu diesem Thema. Ich selbst verwende die „Spanne“, um Maße abzuschätzen, wenn kein Meterstab oder Lineal zur Hand ist.

Hans-Hermann Reck, Wiesbaden

SORRY

Im Artikel „Deutschunterricht am Arbeitsplatz“ (22.2., S.17) hatten wir von einem Programm zur Sprachförderung berichtet und von den „Herkunftssprachen Eritreisch und Äthiopisch“ gesprochen. Diese Sprachen existieren nicht. In Eritrea und Äthiopien werden jeweils viele Sprachen gesprochen. In Eritrea gibt es keine Amtssprache, aber neun „Nationalsprachen“, darunter Tigrinya und Arabisch. Äthiopien hat als Amtssprache Amharisch. Außerdem werden dort rund 80 Sprachen verwendet.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220228

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg spricht mit dem Autor Matthias Pöhlmann über dessen Buch „Rechte Esoterik. Wenn sich alternatives Denken und Extremismus gefährlich vermischen“. Eine Online-Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde Frankfurt. Im Livestream unter jg-ffm.de
Mittwoch, 2. März 2022, 19 Uhr

Putins Krieg ist eine Zäsur für die Welt

Zum Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine und zu „Separatistenführer bitten Putin um Hilfe“, FR-Thema von 24.2.

Die Sanktionen können nicht weit genug gehen

Was der russische Präsident Wladimir Putin mit seinem Übergriff und militärischem Einmarsch in die Ukraine begonnen hat, ist nicht nur ein Völkerrechtsbruch, es ist Völkermord und muss vor ein internationales Kriegsgericht gestellt werden. Und die Sanktionen gegen Russland können nicht weit genug gehen. Es muss seine Wirtschaft, die Finanz- u. Zahlungssysteme maßgeblich treffen, Gelder müssen auf dem Kapitalmarkt eingefroren werden. Und er selbst als russischer Präsident muss mit dieser Kriegsführung in der Ukraine vor das internationale Kriegsgericht.

Rudolf Knapp, Nideggen

Ich fordere ein Verbot aller Handelsbeziehungen

Die Verstöße gegen das Völkerrecht und die militärische Aggression der Russen gegenüber bzw. in der Ukraine können nur eine Reaktion haben: Russland wird international geächtet und isoliert. Russen können auch aus Westeuropa ausgewiesen werden! Harte wirtschaftliche Sanktionen sind unumgänglich. Niemand sollte mehr mit den Russen, sprich: Putin, in Kontakt treten. Wenn wir wirtschaftliche Sanktionen treffen, dann müssen wir als Entschädigung für deutsche bzw. europäische Unternehmen Geld in die Hand nehmen. In der Pandemie läuft es ja auch. Ich fordere die totale Abschottung und das Verbot sämtlicher Handelsbeziehungen. Auch das Aus der Lieferungen von Gas und Erdöl müssen geprüft und ggf. durchgesetzt werden. Beim Öl fällt uns das Iran-Embargo auf die Füße. Der Iran hat so viel Öl: Wir könnten alle darin baden.

Auch wenn das jetzt noch einmal glimpflich ausgehen würde: Wir müssen die Abhän-

gigkeit von Russland mindestens verringern, wenn nicht beenden. Das würde Russland nachhaltig wirtschaftlich schwächen. Ich denke, es wird uns gelingen, wenn wir im Rahmen der Klimaänderung mehr Alternativen aktivieren können. Und man muss auch darüber nachdenken, die Verarbeitung fossiler Energien kurzfristig zu erhöhen. Was nutzen uns Klimaziele, wenn die Welt in Schutt und Asche liegt. Hoffen wir auf Frieden und den Sieg der Diplomatie.

Reinhard Matthies, Pinneberg

Es drohen Fluchtwellen und Wirtschaftskriege

Aus der Russland-Ukraine-Krise ist ein furchtbarer Krieg geworden. Ich muss traurig eingestehen, Putins Aggression massiv unterschätzt zu haben. Auch wenn ich nach wie vor davon überzeugt bin, dass die ganze Entwicklung hätte völlig anders verlaufen können, wenn der Westen nach der Auflösung des Warschauer Paktes die auf Michail Gorbatschow und Olof Palme beruhende Idee einer „Gemeinsamen Sicherheit“ ernsthaft verhandelt hätte, statt an der Nato festzuhalten, sie nach Osten auszudehnen und mit Interventionen ohne UN-Mandat z.B. auf dem Balkan langjährig-todbringende und nichts lösende Kriege zu entfachen. Doch das alles ist keine Rechtfertigung für diesen völkerrechtswidrigen, aggressiven Krieg gegen die Ukraine. Was auch immer jetzt folgt; Putins Krieg stellt schon jetzt eine Zäsur in der Weltgeschichte dar. Neben der Ausweitung des Kriegs auf ganz Europa droht eine Welle der Hochrüstung und der Militarisierung der internationalen Beziehungen, es drohen Wirtschaftskriege, neue Mauern, Flüchtlingswellen ungeahnten Ausmaßes und massive soziale Verelendung.

Und das in einer Welt, die sich dringlichst der Überlebens-

frage der Umwelt- und Klimaverwüstung widmen muss. Wie könnte ein Ausweg aussehen? Sicher nicht in beständigem Weiterschrauben am eskalierenden Aktions-Reaktionsschema. Letztlich führt an einer Verhandlungslösung, so unwahrscheinlich das im Moment auch klingt, kein Weg vorbei. Am Anfang muss ein sofortiger Waffenstillstand und ein Truppenrückzug stehen – am ehesten vermittelt durch einen neutralen Person oder Institution. Ob Putin dadurch noch zu stoppen ist, lässt sich nur durch Versuche ermitteln.

Bernd Bremen, Aachen

Jetzt müssen wir zusammenstehen

„Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen“, so hat Hitler den Zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen. Putin hat das nicht mit diesen Worten nicht gesagt, aber genauso gehandelt. Er hofft auf einen Blitzsieg. Und dann? Dann müssen wir in Europa konsequent zusammenstehen, und auf allen Ebenen Sanktionen verhängen und ausführen – und das auf lange, lange Zeit. Das würde heißen: Keine Rosinenpickerei, keine Rücksicht auf Banken, Industrie, Wirtschaft. Da müssen wir durch. Das wird auch für uns schmerzhaft werden. Wenn uns unsere Freiheits- und Menschenrechte etwas wert sind, dann sollte das unser Beitrag sein. Jetzt ist die Politik gefordert, der eigenen Bevölkerung rechtzeitig das eigene Handeln zu vermitteln. Das ist Solidarität in dieser Zeit.

Reinhard Schemionek, Wustrow

Schämen Sie sich, Herr Schröder!

Wo ist Gerhard Schröder? Der Freund eines lupenreinen Demokraten. Schämen Sie sich, Herr Schröder! Heidi Köhler, Offenbach

Diskussion: frblog.de/donbas

Die Atomkraft ist viel zu teuer

Erwiderung auf „Mit Kernenergie lässt sich die Erwärmung begrenzen“, FR-Forum vom 22. Februar

Die falsche EU-Entscheidung der atomaren „Nachhaltigkeit“ und der Leserbrief erwecken den falschen Eindruck, dass Atomkraft eine Lösung für die Menschheitsaufgabe „Überleben durch Klimaschutz“ sein könnte.

Bis 2030 müssen wir das von Menschen produzierte CO₂ nahe Null senken. Um dies zu erreichen, berechnen mehrere Institute den Energieanlagenzubau allein in der Photovoltaik auf rund 500 Gigawatt (GW) zusätzlicher Leistung. Bei etwa einem GW Leistung pro Atomkraftwerk müssen wir in Deutschland 500 Atomkraftwerke neu planen und bauen, um in den nächsten zehn Jahren Strom ohne CO₂-Belastung durch Kohlekraftwerke, Heizungen und Mobilität einzuspeisen. Es fehlt aber die Wirtschaftlichkeit, da Atomstrom mehr als fünfmal teurer ist als Photovoltaik oder Windkraft.

Wer soll diesen Wahnsinn finanzieren?

Der erbitterte Widerstand der immer noch aktiven Anti-AKW-Bewegung ist genauso sicher wie eine weitere fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung. Gleichzeitig benötigen wir dringend die mit Atomkraft verschwendeten Milliarden zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, um 2030 mit dem Umbau fertig zu sein. Geld kann nur einmal ausgegeben werden. Selbst wenn die bisher ungelöste Atommüllfrage geklärt sein sollte und die Kraftwerksbetreiber von ihrem klaren Nein zur Atomkraft abrücken sollten, bleibt die alles entscheidende Frage der Versorgungssicherheit in Europa unbeantwortet.

2003, aber besonders 2018 und 2019, mussten viele Atom- und Kohlekraftwerke an Flüssen ihre Leistung stark drosseln oder

ganz abschalten. Die Ursache: zu wenig Kühlwasser, das zudem viel zu heiß war. Schon 2003 gab es landesweite Zusammenbrüche der Stromversorgung, u.a. in Italien. 2019 konnten Industrie und besonders Kohlekraftwerke bei extremem Niedrigwasser nicht mehr ausreichend durch Schiffe beliefert werden.

Gesellschaftspolitisch und aus wirtschaftlichen Gründen kann die Entscheidung für wirklichen Klimaschutz nur pro Erneuerbaren Energien sein. Frankreich besteht aus militärischen Gründen darauf, Atomkraftwerke als „nachhaltig“ einzustufen. Die einzige Nachhaltigkeit, die Atomkraft tatsächlich besitzt ist die, dass nachfolgende Generationen durch Hitzewellen und Extremtemperaturen durch die Engstirnigkeit aktueller Atomkraftbefürworter ums Überleben kämpfen werden. Jürgen Eiselt, Frankfurt